

Kerninhalte des Leitetrags des 20. Parteitags der DKP

Der Leitantrag wurde am dritten Tag des 20. Parteitages der DKP beschlossen. Entscheidend dafür war seine konzentrierte Arbeits- und Abstimmungsarbeit und die Annahme des Änderungsantrages von Hans-Peter Brenner. Der Leitantrag wurde dadurch entscheidend verändert, mit großer Mehrheit angenommen und gibt jetzt das Gesicht einer revolutionären kommunistischen Partei wieder.

Der Leitantrag behandelt unter anderem folgende Themen:

1. Der deutsche Imperialismus und die EU

Die Europäische Union hat – in Abstimmung mit Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) - die Auswirkungen der Krise auf die Situation der Beschäftigten, der Erwerbslosen, der Jugend sowie der Rentnerinnen und Rentner durch ihre „Rettungsschirme“ für Banken, durch eine rigide Spar- und erpresserische Schuldenpolitik und durch den Abbau der Rechte der Beschäftigten deutlich verschärft. Die EU-Grenzen werden gegen Flüchtlinge abgeschottet. Verfolgt wird eine zunehmend aggressive Kriegspolitik, eine Politik der Militarisierung und Repression. Der deutsche Imperialismus ist Vorreiter dieser reaktionären Politik. Der deutsche Imperialismus, das heißt das Großkapital und seine politischen Vertreter, nutzt dabei zum Teil im engen Bündnis, zum Teil in Konkurrenz mit Frankreich, die EU vor allem auch zur Durchsetzung eigener Machtinteressen. Der deutsche Imperialismus ist in den letzten Jahren weitere Schritte gegangen, um seine militärische Schlagkraft zu erhöhen bzw. Effektivität zu steigern. Hierzu zählt die weitere Auf- und Umrüstung der Bundeswehr genauso wie die Umwandlung in eine Berufsarmee. Die Anschaffung von Drohnen, die verstärkte Agitation der Bundeswehr unter Jugendlichen und der Ausbau der Militärpräsenz im Nahen und Mittleren Osten werden als Strategie des deutschen Imperialismus gekennzeichnet, um auf Kosten notwendiger Investitionen in sozialen und kulturellen Bereichen seine außenpolitischen Interessen verstärkt militärisch durchzusetzen. Übergeordnetes Ziel ist es, gegenüber der militärischen Überlegenheit des US-Imperialismus und anderer imperialistischer Konkurrenten aufzuholen, um bei den anstehenden Verteilungskämpfen um Rohstoffe, Absatzmärkte und billige Arbeitskräfte – bzw. den Zugängen zu ihnen – einen möglichst großen Anteil für das deutsche Monopolkapital zu sichern. Die Anti-EU-Politik reaktionärer und neofaschistischer Kräfte wird als Demagogie entlarvt, die in erste Linie die Funktion hat, von dem deutschen Monopolkapital als einem der Hauptnutznießer der EU abzulenken und die notwendige internationale Solidarität der arbeitenden Menschen in der EU zu untergraben. Die DKP orientiert auf den Kampf gegen die forcierte Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung im Rahmen der EU. Die DKP stellt hierbei den Klassencharakter der EU heraus und weist auf die Notwendigkeit hin, den Abwehrkampf hierzulande gegen die nächsten sozialen Angriffe des deutschen Monopolkapitals aufzunehmen. Daraus leiten sich Inhalte und Forderungen ab als Grundlage für den Wahlkampf im nächsten Jahr.

Die DKP orientiert auf Wiederverankerung in der Kommunalpolitik. Die DKP wendet sich gegen die fortschreitende Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und charakterisiert diese als ein Mittel des Monopolkapitals, auf dem Rücken breiter Bevölkerungsteile Kapitalanlagesphären im Rahmen der anhaltenden Überakkumulation zu erschließen. Die DKP kennzeichnet diesen Angriff gleichzeitig als Angriff gegen die demokratischen Rechte breiter Bevölkerungsteile. Eine besondere Rolle in bestimmten Städten spielt dabei die Wohnungsnot.

2. Schwerpunktsetzung bei Betrieb und Gewerkschaften

Es wird viel davon abhängen, ob sich die Gewerkschaften in dieser Situation von Illusionen über Sozialpartnerschaft und Co-Management verabschieden und statt dessen Klasseninteressen wahrnehmen. Dafür treten Kommunistinnen und Kommunisten ein. Notwendig sind Gewerkschaften, die eine autonome Interessenvertretung betreiben, selbst politisch und Teil einer Massenbewegung gegen die Krisenpolitik der Herrschenden werden. Notwendig sind Gewerkschaften, die, massivere Aktionen für ihre eigenen Forderungen nach Rücknahme der Rente mit 67, einem existenzsichernden Mindestlohn von mindestens 10 Euro/Stunde, Stärkung der Binnenkaufkraft, mehr Geld für kommunale Investitionen, Erhöhung des Spitzensteuersatzes usw. entwickeln. Deshalb wirkt die DKP dafür, dass die Gewerkschaften zu wirklich kämpferischen Klassenorganisationen werden, und dafür, dass die Organisationen der Arbeiterbewegung

mit anderen Kräften gemeinsam handeln. Wir verteidigen die Einheitsgewerkschaft gegen jeden Versuch der Spaltung. Die DKP orientiert auf die Stärkung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktivität und Verankerung ihrer Mitglieder, die Stärkung der DGB Gewerkschaften als an den Klasseninteressen orientierten Massenorganisationen. Sie tritt dafür ein, mehr Kolleginnen und Kollegen für eine kämpferische Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen. Die DKP-Mitglieder wenden sich dabei gegen die Ideologie der Sozialpartnerschaft, der Standortideologie und der Klassenzusammenarbeit aber auch gegen betriebliche und gewerkschaftliche Stellvertreterpolitik. Sie setzen sich ein für die Stärkung der betrieblichen Gewerkschaftsstrukturen wie zum Beispiel Vertrauensleutekörper, Betriebsgruppen usw. und die Aktivierung deren Arbeit.

Bruderparteien fällt die durch den 20. PT erfolgte Orientierung der DKP ins Auge. Der veränderte und mit großer Mehrheit abgestimmte Leitantrag bringt diese Orientierung zum Ausdruck. Von Leo Mayer und anderen wird die Abstimmung über den Leitantrag als statutenwidrig diffamiert, sie rufen aber trotzdem die Schiedskommission nicht an, weil es für die öffentlich behauptete Statutenwidrigkeit eben keine Beweise gibt.